

NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	12.01.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	19.22 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -
Stv Mues, Gunter - als Vorsitzender zu TOP 6 und 7 -
Stv Boller, Joachim
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Höpfner-Diezemann, Ute - für 1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen -
Stv Katz, Reinhilde - für Stv Schiemer, Hansgeorg -
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Panthöfer, Ulrich - für Stv Dr. Holzäpfel, Heinz -
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schneider, Manfred - für Stv Dr. Stötzel, Wolfgang -
Stv Schulte, Werner
Stv Siebel, Helmut

II. Beratendes Mitglied:

Stv Dr. Schultze, Reinhold - für Stv Walter, Klaus-Volker -

III. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

AM Müller, Marianne
Stv Schmidt, André
AM Schuß, Lothar
Stv Wunderlich, Horst

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Mengel

VA Sauerland
VA Schneider
StAR Dorsch
StAR Munker - als Schriftführerin -

Nicht anwesend waren:

1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Walter, Klaus-Volker

Zur Tagesordnung:

Die Ausschussmitglieder kommen überein, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um die nachgereichte Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Punkt 3 und im nichtöffentlichen Teil um Punkt 3.2 zu erweitern.
Die Anregung gem. § 24 GO NW der Nachbarschaftsinitiative „Naherholungsgebiet Numbach“ wird als Punkt 5.3 behandelt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Siebel bestimmt.

4. HFA 12.01.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.12.1999

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

4. HFA 12.01.2000

3. Fragestunde

3.1 Leerstände und Mietausfälle in den städtischen Liegenschaften „An der Unterführung“

- Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.01.2000 -

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Stadt Siegen ist Eigentümerin der bebauten Grundstücke „An der Unterführung“ Nr. 2, 6, 10, 12 und 14. Der Erwerb dieser Objekte war zunächst zur Realisierung der Maßnahme „Parkhaus An der Unterführung“ vorgesehen. Grundlage hierfür war der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.12.1992 dar. Nachdem diese Absicht aufgegeben wurde, trat an dessen Stelle die städtebauliche Maßnahme „Busbereitstellungsplatz Siegen-Mitte“ gemäß dem inzwischen rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 287. Beschlussgrundlage hierfür ist der Ratsbeschluss vom 04.03.1998. Dem Auftrag zur Kündigung der bestehenden Mietverhältnisse in den städtischen Häusern „An der Unterführung“ ist die KEG als Gebäudeverwalterin nachgekommen. Es wurden 18 Wohnungen bereits geräumt und stehen leer.

Zu Frage 1:

Die Mietausfälle belaufen sich in 1999 auf 85.379,06 DM. Dem stehen ersparte Verwaltungskosten in Höhe von 8.560,00 DM p. a. gegenüber. Darüber hinaus sind 15 bis 20 % der Mieteinnahmen als Kosten für bauliche Instandsetzung in Abzug zu bringen.

Zu Frage 2:

Die monatlichen Mietausfälle belaufen sich auf insgesamt 8.766,58 DM, wobei auch hier die o. g. Positionen in Abzug zu bringen sind.

Zu Fragen 3 und 4:

Der Busbereitstellungsplatz ist Bestandteil des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes „An der Unterführung“ und könnte nach den vorliegenden Plänen 1999 / 2000 realisiert werden. Das Planungsrecht wird derzeit aufgrund einer Klage eines Betroffenen in einem Normenkontrollverfahren überprüft. Erst nach Abschluss dieses Verfahrens kann eine verbindliche Auskunft über den Baubeginn des Busbereitstellungsplatzes gegeben werden. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Finanzierung des Objektes derzeit nicht in dem von der Stadt gewünschten Umfang gesichert ist, da u. a. der Bewilligungsbescheid nicht in der erwarteten Höhe erteilt wurde. Derzeit ist aufgrund des Normenkontrollverfahrens alles zu unterlassen, was die möglichen Rechte des klagenden Betroffenen berühren könnte. Ein Abbruch von Gebäuden berührt allerdings die Interessen des Betroffenen in keiner Weise.

Zu Frage 5:

Das Gebäude „An der Unterführung 6“ steht seit dem 31.08.1999 leer und wurde zwecks Leerstandsverwaltung an die Stadt zurückgegeben und die bei Abbruchgebäuden üblichen Maßnahmen getroffen.

4. HFA 12.01.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Vorübergehende Verlagerung der Musikwerkstatt

- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.12.1999 .

Es ist Ziel des Antrages, so ergänzt Herr Schulte, vor dem Hintergrund der bishe-rigen Diskussion weitere Überlegungen zu Alternativstandorten und eine Über-gangslösung für den Betrieb der Musikwerkstatt zu erreichen. Er betont, dass die CDU-Fraktion aber auch offen ist für andere vertretbare Standorte.

Herr Dr. Rohr erläutert, dass aus baurechtlichen Gründen in dem Bunkergebäude Sandstraße ausschließlich eine Nutzung des Erdgeschosses vorübergehend mit Einschränkungen möglich ist. Die Räumlichkeiten sind jedoch an verschiedene Firmen als Lagerflächen vermietet. Unter dem Gesichtspunkt der Jugendarbeit ist von dem Betrieb der Musikwerkstatt in diesem Gebäude jedoch abzuraten. Die Verwaltung ist nach wie vor bemüht, eine akzeptable Lösung zu finden und bittet daher, eine endgültige Entscheidung bis Ende Februar zurückzustellen.

Die SPD-Fraktion vertritt die Auffassung, so Herr Kirchhöfer, dass in dem Bunker-gebäude eine vernünftige Jugendarbeit nicht möglich ist. Nach wie vor stellt sich die Nutzung des ehemaligen Hoesch-Gebäudes als die tragbarste Lösung dar, zumal mehrere andere Standortüberlegungen verworfen wurden. Die SPD-Fraktion wird den heute vorgelegten Vorschlag nicht mittragen.

Herr Boller schließt sich den Ausführungen an und macht deutlich, dass die Nut-zung des ehemaligen Hoesch-Gebäudes auch eine Perspektive für die Unter-bringung des Hauses der Jugend bietet. Der Vorschlag der CDU-Fraktion ist seines Erachtens keine tragbare Alternative, zumal auch keine Aussage für eine endgültige Lösung getroffen wird.

Herr Dr. Schultze erinnert an die Beschlusslage zur städtebaulichen Gestaltung des Bereiches Bertramsplatz, sieht aber auch die Notwendigkeit, den Betrieb der Musik-werkstatt aufrecht zu erhalten. Er hält es jedoch für problematisch, ohne Kenntnis der Örtlichkeit heute eine Entscheidung zu treffen.

Herr Siebel ist der Meinung, dass die Unterbringung im Bunkergebäude die letzte Lösung ist, bevor der Betrieb der Musikwerkstatt eingestellt werden muss. Da von der Verwaltung noch Standorte überprüft werden, sollte die weitere Diskussion und

eine Entscheidung bis Ende Februar zurückgestellt werden. Daher beantragt er Übergang zur Tagesordnung.

Herr Mues entgegnet, dass heute ein Beschluss herbeigeführt werden soll. Wenn verwaltungsseitig eine andere Lösung aufgezeigt werden kann, wird sich die CDU-Fraktion dem nicht verschließen.

Herr Stötzel schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ergänzen.

Der Haupt- und Finanzausschuss lehnt mehrheitlich den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung ab.

Beschluss (gem. Antrag der CDU-Fraktion):

Für die vorübergehende Unterbringung und Weiterführung der Musikwerkstatt wird das in der Verfügung der Stadt Siegen stehende Gebäude Bunker Sandstraße zwischen Kaisergarten und Albertus-Magnus-Schule verwendet, sofern verwaltungsseitig bis zum 01.03.2000 keine andere adäquate Lösung vorgelegt wird.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

4. HFA 12.01.2000

- 5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW
- 5.1 Verkehrsregelung und Ausbau der Melanchthonstraße
Anregung / Beschwerde gem. § 24 GO NW von Frau Marianne Stünkel und Herrn Andreas Stünkel,
Calvinstraße 10, 57072 Siegen

Vorlagenr. 194/99 - Vorlage vom 02.12.1999 -

Als Beschwerdeführerin nimmt Frau Stünkel ausführlich zu dem Sachverhalt Stellung.

Herr Brune macht deutlich, dass die Ausführungen weit über die in der Beschwerde aufgeführten Punkte hinausgehen und daher eine qualifizierte Beantwortung im Detail hier nicht möglich ist. Zu den einzelnen Punkten der Beschwerde wurde in der Verwaltungsvorlage Stellung genommen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt die Eingabe für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. HFA 12.01.2000

**5.2 Ampelzusatzleuchten auf Augenhöhe
Anregung gem. § 24 GO NW der STATT Partei vom 17.11.1999**

Vorlagenr. 195/99 - Vorlage vom 20.12.1999 -

Bezug nehmend auf den vorletzten Absatz der Stellungnahme der Verwaltung ergänzt Herr Brune, dass es ggf. erforderlich ist, im Einzelfall bei mehrspurigen Kreuzungen die Signalanlage zu überprüfen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt die Eingabe für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. HFA 12.01.2000

**5.3 Anregung gemäß § 24 GO NW - Bürgerpark in der Numbach;
hier: Schreiben der Nachbarschaftsinitiative Naherholungsgebiet Numbach, Frau Sabine Leukel, Am
 Stadtwald 6, 57072 Siegen, vom 05.01.2000**

Vorlagenr. 208/00 - Vorlage vom 12.01.2000 - Tischvorlage -

Herr Baumeister führt aus, dass hier, korrespondierend mit der unter TOP 9 zu beratenden Thematik, verschiedene Interessenlagen gegeneinander abzuwägen sind. Es ist jedoch herauszustellen, dass der Neubau einer Feuer- und Rettungs-wache nicht den gesamten Bereich des Numbachtals in Anspruch nehmen würde. Vielmehr ist in der Verwaltungsvorlage eine Alternative im Sinne des Antrages aufgezeigt.

Herr Brune ergänzt, dass derzeit die Möglichkeit der Nutzung der rd. 5.000 qm großen Fläche für eine Freizeitanlage geprüft wird. Hier sind insbesondere immissionsschutzrechtliche Punkte zu klären. Auf die Frage von Herrn Boller merkt er an, dass die Einholung eines entsprechenden Gutachtens erfahrungsgemäß mindestens 3 Monate in Anspruch nimmt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß Ziff. 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und wird die Anregung der Nachbarschaftsinitiative in die Beratung bezüglich der weiteren Verwendung des Grundstückes in der Numbach einbeziehen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. HFA 12.01.2000

6. Aufwandsentschädigung für den hauptamtlichen Bürgermeister und die Beigeordneten der Stadt Siegen

Vorlagenr. 193/99 - Vorlage vom 27.12.1999 -

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister erhält ab 01. Oktober 1999 eine Aufwandsentschädigung gemäß § 5 Abs. 1 Eingruppierungsverordnung in Höhe von 600,00 DM.

**Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

4. HFA 12.01.2000

7. Änderung der Entgeltordnung für die Volkshochschule Siegen

Vorlagenr. 139/99 - Vorlage vom 11.11.1999 -

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Die Entgeltordnung der VHS Siegen wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 1:

Inhaber/-innen des SIEGENER AUSWEISES erhalten auf alle Veranstaltungen gemäß § 3 Absatz 1 Ziffer 1 50% Ermäßigung.

Diese Regelung gilt ab dem 2. Semester 2000.

**Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

4. HFA 12.01.2000

8. **Museum für die Kunst der Gegenwart in Siegen**
- Dialog der Medien -
hier: Trägerverein - Vertreter der Stadt Siegen in der Mitgliederversammlung

Vorlagenr. 140/99 - Vorlage vom 25.11.1999 -

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, als stimmberechtigte Vertreterin / stimmberechtigten Vertreter der Stadt Siegen in der Mitgliederversammlung des Vereins "Museum für die Kunst der Gegenwart Siegen e. V." die Vorsitzende / den Vorsitzenden des Kulturausschusses des Rates der Stadt Siegen gemäß § 7 der Satzung des Vereins zu bestellen. Im Vertretungsfall übernimmt die stellvertretende Vorsitzende / der stellvertretende Vorsitzende des Kulturausschusses das Stimmrecht. Die Bestellung der Ratsmitglieder gilt für die Dauer der Wahlperiode des Rates der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. HFA 12.01.2000

9. **Verlagerung der Feuer- und Rettungswache Fludersbach 70**

Vorlagenr. 196/99 - Vorlage vom 15.11.1999 -

Herr Baumeister führt aus, dass neben den in der Vorlage erläuterten einsatztaktischen Kriterien die finanziellen Auswirkungen in der Abwägung einen wichtigen Faktor darstellen.

Er erläutert die für den Standort Numbach anfallenden Kosten für die Herrichtung der Zuwegung und die Signalisierung der Einmündung zur Freudenberger Straße und stellt die Kaufpreisnachzahlung für den Grunderwerb gegenüber der Bundesvermögensverwaltung dar.

Zum Standort Herrenwiese - ehem OBI - berichtet er, dass sich der Grundstückseigentümer in ersten Gesprächen verhandlungsbereit gezeigt hat. Es wurde jedoch deutlich, dass eine Regelung Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages angestrebt wird unter Bedingungen, die nach Auffassung der Verwaltung erhebliche finanzielle Auswirkungen haben werden. Diese stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten für die Erschließung des Standortes Numbach.

Zum Antrag der F.D.P.-Fraktion macht er deutlich, dass die Ideenskizze für ein Notfallzentrum mit allen Komplementäreinrichtungen einem Modellprojekt im gesamten Bundesgebiet gleichkommt. Nach eingehender Betrachtung ist er der Auffassung, dass der Notfalldienst in der Stadt Siegen in der jetzigen Form gut geregelt ist.

Abschließend hält er fest, dass es sowohl unter einsatztaktischen als auch unter finanziellen Gesichtspunkten keine vertretbare Alternative zum Standort Numbach erkennbar ist.

Herr Mues kritisiert, dass in der Vorlage keine fundierten Angaben über die Kosten für die einzelnen Standorte enthalten sind und somit eine sachgerechte Abwägung nicht möglich ist. Er hat den Eindruck, dass der Standortvorschlag Numbach trotz möglicher Alternativen verfolgt werden soll.

Die einsatztaktische Bewertung führt seines Erachtens zu der Reihenfolge - Waldrich-Gelände - ehem. OBI- ehem. Breitenbach- Fludersbach - Numbach.

Nach wie vor ist er der Auffassung, dass der Standort Numbach im Hinblick auf die Erreichbarkeit der ungeeignetste ist. Die Feuerwehr ist mit ihren lokalen Löschzügen vor Ort ausreichend vertreten. Die Einsätze des Rettungsdienstes fallen jedoch überwiegend im Stadtgebiet östlich der HTS an. Die Frage der Sicherheit muss dabei an oberster Stelle stehen.

Er hält fest, dass sich die CDU-Fraktion gegen den Standort Numbach ausspricht und die Verwaltung auffordert, Verhandlungen über die Standorte Waldrich-Gelände, ehem. OBI-Gelände und ehem. Breitenbach-Gelände aufzunehmen und die Kosten einschließlich des Standortes Numbach darzustellen. Dies erhebt er zum Antrag.

Herr Dr. Schultze schließt sich den Ausführungen an und sieht die Gefahr, dass bei der Festlegung auf einen Standort mögliche andere Realisierungschancen nicht gesehen werden. Der Eigentümer des "OBI-Grundstückes" hat sich gegenüber dem Vorschlag der F.D.P.-Fraktion aufgeschlossen gezeigt. Zudem sind ihm aus dem Kreis ehemaliger Kollegen Informationen bekannt, die den Bedarf für Synergieeffekte erkennen lassen. Zudem ist das Modell eines Notfallzentrums auch anderen-orts bei Dritten auf Interesse gestoßen.

Er hält es für erforderlich, die einzelnen Alternativen noch einmal eingehend zu prüfen, um zumindest die zweitbeste Lösung zu erhalten.

Herr Boller bemängelt die seines Erachtens unzulängliche Vorlage betreffend die einsatztaktische Abwägung der Standorte, die fehlenden Angaben zu finanziellen Auswirkungen und die realistische Betrachtung der Umsetzbarkeit und nennt dazu einige Beispiele. Darüber hinaus hält er die Aussage für falsch, dass am Standort

Numbach keine klimatischen Auswirkungen zu erwarten sind. Die Umsetzbarkeit des Vorhabens an dieser Stelle erscheint ihm auch vor dem Hintergrund des Baurechtes im Hinblick auf Immissionsschutzrechtliche Bestimmungen fraglich.

Herr Schneider macht deutlich, dass sich auch nach der Untersuchung der anderen Standorte der Standort Numbach als der geeignetste erweist, da diese Fläche schnell verfügbar ist und auch hinreichend groß, um Synergieeffekte zu nutzen. Da das Waldrich-Grundstück nach den Berichten über die Planungen des Kreises nicht in Betracht kommen wird, sollte dieser Standort auch nicht weiter verfolgt werden. Der Standort Fludersbach ist weder flächenmäßig noch im Hinblick auf eine gute Verkehrsanbindung akzeptabel, letzteres gilt auch für die Rinsenu. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass die Beschlusslage aufrecht erhalten werden soll.

Herr Siebel merkt an, dass kein Standort als optimal zu bezeichnen ist. Der Sachverhalt sollte seines Erachtens in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im nichtöffentlichen Teil noch einmal aufgegriffen werden, um die finanziellen Auswirkungen eingehender beleuchten zu können. In Anbetracht der von der Verwaltung angesprochenen Vorstellungen zu einer erbaurechtlichen Regelung für die Fläche "OBI" scheidet diese unter diesen Bedingungen aus. Er ist nicht bereit, sich auf ein ähnliches Verfahren, wie beim Projekt Apollo-Theater einzulassen. Auch er ist der Meinung, dass bei realistischer Betrachtung der Standort Waldrich nicht mehr weiter verfolgt werden kann. Am Standort Rinsenu ist die Entfernung zu den nördlichen Stadtteilen zu groß. Für den Standort "ehem. Breitenbach" sind noch keine Kosten bekannt, angesichts der früheren Nutzung des Geländes ist seines Erachtens aber mit Altlasten zu rechnen. Seines Erachtens hätte aber das Gelände des ehemaligen Schlachthofes näher untersucht werden sollen. Abschließend hält er fest, dass die Kosten und die Anbindung an das Verkehrsnetz die ausschlaggebenden Faktoren sind. Daher sollten alle genannten Standorte unter diesen Gesichtspunkten überarbeitet werden. Er beantragt daher, die Vorlage zurückzunehmen und die ergänzenden Informationen vorzulegen.

Herr Baumeister nimmt zum Abschluss der Diskussion zu den angesprochenen Punkten Stellung und geht auf die Besonderheiten der jeweiligen Standorte ein.

Beschluss (gemäß Antrag der CDU-Fraktion):

1. Die Planung für den Standort Numbach wird vorläufig nicht weiter betrieben.

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, kurzfristig konkrete Studien für die Stand-orte Waldrich-Gelände St.-Johann-Straße, Herrnwiese / Weidenauer Straße (ehem. OBI-Baumarkt) und Breite Straße (ehem. Breitenbach) durchzu-führen und entsprechende Zahlen hinsichtlich Grunderwerb etc. spätestens bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorzulegen.

**Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen (SPD),
0 Enthaltungen**

4. HFA 12.01.2000

10. 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Markt“ im Stadtteil Geisweid;
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung und Abwägung der während der öffentlichen Ausle-gung eingegangenen Anregungen
- Beschluss der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Markt“ als Satzung nebst Begründung

Vorlagenr. 148/99 - Vorlage vom 01.10.1999 -

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Markt" gem. § 10 Baugesetz-buch als Satzung
2. die Begründung zur 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Markt".

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. HFA 12.01.2000